



PROTOKOLLAUSZUG

zum

AUSSCHUSS FÜR WIRTSCHAFT, KULTUR UND VERWALTUNG

am Dienstag, 29.03.2011

ÖFFENTLICH

TOP 1 Rechnungsergebnis 2010

---

Beratungsverlauf:

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 1.1

TOP 1.1	Vorläufiges Rechnungsergebnis 2010 - Entwicklung der Rücklagen (Vorberatung)	Vorl.Nr. 108/11
---------	--	-----------------

---

Beratungsverlauf:

Herr **Kistler** (Fachbereich Finanzen) erläutert die vorliegende Mitteilungsvorlage Nr. 108/11.

In der anschließenden Aussprache spricht das Gremium den Dank für die Vorstellung aus und zeigt sich erfreut über das positive Ergebnis. Gerne habe man im Vorfeld diese positive Entwicklung gesehen.

Herr **Kiedaisch** (Fachbereich Finanzen) merkt an, man habe den Haushalt 2010 im Sommer / Herbst 2009 geplant. Die Novembersteuerschätzung 2009 sei noch sehr stark von den Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise geprägt gewesen und habe Mindereinnahmen bei den Steuereinnahmen für das Jahr 2010 prognostiziert. Mit der Maisteuerschätzung 2010 habe man im Nachtrag Korrekturen vorgenommen, da man schon gesehen habe, dass sich die Gewerbesteuererinnahmen entgegen des ursprünglichen Ansatzes positiver entwickelt hätten aufgrund von Sondereinflüssen einzelner Firmen. Man aber die Zahlen wegen dem Steuergeheimnis nicht nennen dürfe. Auch versuche man immer einigermaßen Realistisch zu planen. Nicht zu pessimistisch aber auch nicht zu optimistisch.

OBM **Spec** ergänzt, dass das Kernziel der Haushaltsführung sei in einem Konjunkturellen „normalen“ Jahr einen Überschuss im Verwaltungshaushalt zu erwirtschaften. In Zeiten eines guten Konjunkturverlaufs müsse man in der Lage sein, solange die Kredite da sind, diese abzubauen und wenn man diese abgebaut habe, diese zu einem System zur Ansammlung von Investitionsrücklagen zuzuführen. In einem Konjunkturell schlechten Jahr sei es möglich Rücklagen zu entnehmen oder gegebenenfalls Kredite aufzunehmen. Erfreulich sei, dass man die Verbesserung der Steuerlichen Situation nutze, nicht zum Auffangen eines Defizits anstelle von eigenen Sparmaßnahmen, sondern dass man die eigenen Rücklagen schone. Ziel sei es in den nächsten Jahren schrittweise eher die bestehende Verschuldung weiter zurückzuführen. Ideallinie wäre in einigen Jahren die bestehende Verschuldung auf null zurückzuführen und Rücklagenmittel zu schonen.

Herr **Nitzsche** (Fachbereich Organisation und Personal) gibt Auskunft zu den Personalkosten woher Spareffekte hervorgehen. Man gehe beim Fachbereich Organisation und Personal von einem Zielwert von 1% Planunterschreitung aus, da sei man bei etwa 500000. Man sei froh, dass man diese unterschritten habe. Eine Prognose für 2011 könne er nicht geben, aber die Jahre davor sei man immer darunter gelegen.

Stadtrat **Dr. Bohn** bittet die Verwaltung um frühere Information. Weiter gibt er zu bedenken, dass man möglicherweise Konsolidierungsmaßnahmen auf ihre Wirkung hinterfragen solle. Dies mache er an einem Beispiel Personal klar. Hier habe die Verwaltung Krankheitszeiten vorgelegt, die weit über dem Durchschnitt zu anderen Verwaltungen seien.

Herr **Nitzsche** beantwortet die Frage, und merkt an, dass diese Zahlen auch die Verwaltung sehr nachdenklich machen. Man sei mit den Krankenkassen in engem Kontakt, was die Entwicklung verschiedener Krankheitsbilder sei. Auch müsse man die demographische Entwicklung im Blick haben. Man habe ein Gesundheitseingliederungs-Management, sodass man bei langzeiterkrankten Eingliederungsgespräche führen werde.

Herr **Kiedaisch** geht auf die Frage von Dr. Bohn bezüglich der früheren Informationen ein. Er berichtet, man werde in Zukunft einen Finanzzwischenbericht abgeben.

TOP 1.2

Übertragung von Haushaltsresten in das  
Haushaltsjahr 2011  
(Vorberatung)

Vorl.Nr. 109/11

---

**Abweichender Empfehlungsbeschluss:**

Die in den beiliegenden Verzeichnissen aufgeführten Beträge werden als Haushaltsreste in das Haushaltsjahr 2011 übernommen:

**Anlage 1**

Haushaltsreste des Verwaltungshaushalts 2010 2.002.000 EUR

**Anlage 2**

Haushaltsausgabereste des Vermögenshaushalts 2010 5.938.000 EUR

Haushaltseinnahmereste des Vermögenshaushalts 2010 0 EUR

Gesamthaushaltsreste 2010 7.940.000 EUR

Für die beantragten Haushaltsreste in Höhe von 45.000 EUR für Radwege im Stadtgebiet (Finanzposition 2.6300.9640.000-0004) wird eine zweckgebundene Investitionsrücklage gebildet.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der abweichende Beschluss wird mit 16 Ja-Stimmen einstimmig angenommen.

Die abweichende Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

### Beratungsverlauf:

OBM **Spec** verweist auf die Vorlage Nr. 109/11.

In der anschließenden Aussprache beantragt Stadtrat **Dr. Vierling** „Für die beantragten Haushaltsreste in Höhe von 45.000 EUR für Radwege im Stadtgebiet (Finanzposition 2.6300.9640.000-0004) wird eine zweckgebundene Investitionsrücklage gebildet.“

Weiter möchte man wissen, welches Haushaltsjahr von Haushaltsresten belastet werde. Das Jahr 2010 oder habe man im Haushaltsplan 2011 Ausgabemittel veranschlagt zur Deckung von Ausgaberesten aus 2010.

Stadträtin **Burkhardt** möchte ebenfalls wissen, wie sich die Haushaltsreste darstellen. Als Beispiel führe man die Tiefbau und Grünflächen an.

Stadträtin **Schittenhelm** fragt nach, in welchem Haushaltsjahr die 20.000 € für Sportplätze veranschlagt worden seien.

Herr **Kiedaisch** (Fachbereich Finanzen) geht auf die Fragen ein und erläutert, man stimme die Haushaltsreste mit den jeweiligen Fachbereichen ab welche Mittel notwendig seien. Die Haushaltsreste belasten das Haushaltsjahr 2010. Das bedeutet, jeder Haushaltsrest den man bilde verschlechtere das Ergebnis 2010. Dieser Betrag stehe dann im Jahr 2011 zu den im Haushalt 2011 veranschlagten Mitteln zusätzlich zu Verfügung. Man habe in den letzten Jahre die Erfahrung gemacht, dass Mittel die von den Fachbereich übertragen wurden, die bis zum Jahresende, aus welchen Gründen auch immer, nicht benötigt worden seien. Das sei mit der Grund gewesen, weswegen man dieses Instrument der Investitionsrücklage entwickelt habe. Für das Jahr 2011 habe man 300.000 € für Radwege vorgesehen. Wenn zu Mitte des Jahres Nachweislich ein Bedarf da sei, aufgrund der momentan geplanten Radwege Maßnahmen das diese Mittel nicht ausreichen würden, dann wäre es im Nachtrag gegebenenfalls möglich diesen Nachtrag anzupassen. Die 45.000€ seien nicht in die Investitionsrücklage verschoben worden. Sie seien so im Haushalt 2011 freigegeben und stünden dem Haushalt 2011 zur Verfügung. Die 20.000 € für Sportplätze seien auch im Haushalt 2011 veranschlagt.

OBM **Spec** erläutert, dass man mehr für den Radwegausbau tun wolle. Vielleicht sei es ein Kompromiss, das man die 45.000 € an die Investitionsrücklage binde.

Anschließend lässt OBM **Spec** über den abweichenden Empfehlungsbeschluss abstimmen

## TOP 1.3                      Genehmigung von überplanmäßigen Ausgaben im Rechnungsjahr 2010

---

### Beratungsverlauf:

Zum Beratungsverlauf sieht Tagesordnungspunkte 1.3.1 und 1.3.2

#### TOP 1.3.1                      - Tilgung Darlehen KfW-Bank

Vorl.Nr. 110/11

---

### Beschluss:

Folgende überplanmäßige Ausgabe im Rechnungsjahr 2010 wird genehmigt:

---

Protokollauszug Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung 29.03.2011

Finanzposition 2.9100.9761.00-0001 Kredittilgung öffentlich wirtschaftliche Unternehmen in Höhe von 50.682,00 Euro. Diese überplanmäßige Ausgabe wird durch Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer Finanzposition 1.9000.0030.000 finanziert.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 16 Ja-Stimmen einstimmig angenommen.

**Beratungsverlauf:**

Auf Sachvortrag und Aussprache wird verzichtet.

**OBM Spec** lässt über die Vorl.Nr. 110/11 abstimmen.

TOP 1.3.2                    - Mehrkosten Winterdienst und  
Gewerbesteuerumlage  
(Vorberatung)

Vorl.Nr. 121/11

---

**Empfehlungsbeschluss:**

Folgende überplanmäßigen Ausgaben im Rechnungsjahr 2010 werden genehmigt:

1. Finanzposition 1.7730.5700.000, Mehrkosten Winterdienst in Höhe von 449.919,65 EUR. Diese überplanmäßige Ausgabe wird durch Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer Finanzposition 1.9000.0030.000 finanziert.
2. Finanzposition 1.900.8100.000 Gewerbesteuerumlage in Höhe von 2.528.796,36 EUR. Diese überplanmäßige Ausgabe wird durch Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer Finanzposition 1.9000.0030.000 finanziert.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 16 Ja-Stimmen einstimmig angenommen.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

**Beratungsverlauf:**

Auf Sachvortrag wird verzichtet. **OBM Spec** eröffnet die Aussprache.

Auf Fragen aus dem Gremium warum Salz und nicht Splitt, wie die Situation in der Alleenstrasse gelöst werde und wie viele Tonnen Salz im vergangenen Winter 2010/2011 verbraucht wurden

---

Protokollauszug Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung 29.03.2011

erläutert Herr **Schroff** (Fachbereich Technische Dienste), dass man die Hauptstrassen ohne Salz nicht frei bekomme die Rad- und Fußwege eher mit Splitt gestreut würden. Man habe im vergangenen Winter 2900 Tonnen Salz verbraucht.

Stadträtin **Burkhardt** bittet um den Bericht über Streueinsatz.

Herr **Schroff** erklärt, dass man den Bericht über den Streueinsatz im Internet auf der Homepage der Stadt Ludwigsburg finde.

Herr **Kohler** (Fachbereich Tiefbau und Grünflächen) ergänzt, bezüglich der Alleenstrasse sei man mit der Stadtplanung und Vermessung im Gespräch. Die Baumscheiben werden durch das Salz angegriffen und daher würden die Bäume stark beschädigt.

Im Anschluss lässt OBM **Spec** über die Vorlage Nr. 121/11 abstimmen.

TOP 2

**Musische Bildung an Kindertagesstätten und  
Grundschulen  
- Konzeption, Durchführung, Weiterentwicklung**

Vorl.Nr. 126/11

---

### Abweichender Beschluss:

1. Bis zum Schuljahr 2015/16 soll aufgrund der fundamentalen Chancen zur flankierenden Unterstützung der Bildungs- und Integrationsziele eine möglichst flächendeckende musikalische Früherziehung an den Kindertagesstätten sowie an den Grundschulen in den Klassenstufen 1 und 2 stattfinden. Wesentliche Partner bei der Konzeption, Durchführung und Weiterentwicklung sind die Jugendmusikschule Ludwigsburg und der Stadtverband der Gesang und Musikvereine. Dem Konzept der Vorlage Nr. 301/10 wird zugestimmt.

2.

a) Ab dem Schuljahr 2011/12 werden in 5 Grundschulen und in 9 Kindertagesstätten die Angebote für musikalische Frühförderung durch die Jugendmusikschule (Anlage 2) umgesetzt. Ab 2012/13 orientiert sich die Entwicklung ihrer Angebote entsprechend der Planung.

b) Ab dem Schuljahr 2011/12 führt der Stadtverband der Gesang- und Musikvereine (Anlage 3) an 6 Kindertagesstätten Angebote zur musikalischen Frühförderung durch. In den folgenden Jahren werden die Angebote entsprechend der Planung ausgebaut.

3. Die Angebote zur musikalischen Frühförderung werden ergänzt durch weitere Kooperationen von städtischen und freien Kulturträgern an Kindertagesstätten, Grund- und weiterführenden Schulen in den Bereichen Theater, Tanz, bildende Kunst, Literatur/Lesen und Museumspädagogik.

4. Annahme der Spende

Die Spende der Ruprecht-Stiftung in Höhe von 50.000 € wird angenommen und ist für die musikalische Früherziehung an Kindertagesstätten und Grundschulen einzusetzen.

5. Finanzierung

a) In den Haushalten 2011 bis einschließlich 2013 wird das musische Bildungskonzept kostenneutral geführt. Die Ausgaben werden durch Spendeneinnahmen der Ruprecht-Stiftung und Elternbeiträge gedeckt.

b) Ab dem Jahr 2014 werden *vorbehaltlich einer Beschlussfassung* im Haushalt finanzielle Mittel i.H. v. 25.000, 00 € jährlich zur teilweisen Finanzierung des Zuschussbedarfs bereit gestellt.

6. Die Verwaltung, FB Kunst und Kultur und FB Bildung, Familie und Sport berichten jährlich, erstmals zum Ende des Schuljahres 2011/12 über den Stand des Projekts.

*7. Das Projekt „Musisch-kulturelle Bildung“ wird nicht zu Lasten des weiteren Ausbaus der U3-Plätze in den Ludwigsburger Kindertagesstätten realisiert. Der Ausbau der U3-Plätze wird wie geplant und verabschiedet weitergeführt.*

### **Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen und nach Ziffern getrennt.

Ziffer 1 wird mit 15 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 0 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Ziffern 2, 3 und 4 werden mit 16 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Ziffer 5a und 5b wird mit 13 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 2 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Ziffern 6 und 7 werden mit 16 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

### **Beratungsverlauf:**

Frau **Richert** (Fachbereich Kunst und Kultur) erläutert die Vorlage Nr. 126/11. Sie geht insbesondere darauf ein, was man mit dem Programm erreichen wolle. Nämlich eine möglichst flächendeckende musikalische Früherziehung an den Kindertagesstätten sowie an den Grundschulen in den Klassenstufen 1 und 2.

In der anschließenden Aussprache spricht Stadträtin **Kopf** ihren Dank aus und merkt an, dass Musische Bildung heute zur Kreativität und Kernkompetenz gehöre. Man solle jetzt anfangen und nach einem Jahr Bilanz ziehen.

Die SPD Fraktion, so Stadtrat **Dr. Bohn** könne die Maßnahme so mittragen. Auf seine Anregung die Ziffer 5b der Beschlussfassung mit „vorbehaltlich der Beschlussfassung“ zu ergänzen, stimmt das Gremium einmütig zu.

Stadtrat **Weiss** schließt sich seinem Vorredner an und ergänzt, dass es sehr erfreulich sei, dass eine Finanzierung auf diesem Weg Kostenneutral gelungen sei. Weiter möchte seine Fraktion noch anmerken, dass auch die Musik und Gesangsvereine sehr viel für die soziale Kompetenz beitragen würden. Man erwarte einen jährlichen Bericht über die Entwicklung, ob auch die richtigen sozialen Schichten von Kindern erreicht wurden. Auf dieser Basis könne man dann entscheiden wie es nach 2014 weitergehe.

Stadträtin **Klett-Heuchert** erklärt, die Fraktion Bündnis 90 die Grünen stehen voll hinter dem Programm musische Bildung. Wichtig sei ihnen der Zugang zur musischen Bildung zu erleichtern ja zu eröffnen. Man sehe es positives signal, dass die Stadt hier tätig werde Wünschenswert wäre es, wie im Landesprogramm vorgesehen, dass dies Beitragsfrei geschehe. Die heutige Regelung

sehe man als Übergang. Man hoffe, dass dieser musische Teil ankomme.

Im Sachzusammenhang stellt **Stadtrat Dr. Heer** zu Ziffer 5b folgenden Antrag:  
„Die Verwaltung wird beauftragt die Vollfinanzierung durch drittmittel anzustreben“

Dieser Antrag wurde vom Gremium mit 4 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

OBM **Spec** erklärt, dass der von der SPD Fraktion gestellte Antrag mit der Vorlage Nr. 343/10I als Ziffer 7 in die Beschlussfassung aufgenommen werde.

Stadträtin **Burkhardt** bitte um getrennte Abstimmung da die Vorlage zum einen nicht von dem Bedarf der Kinder, sondern von der Kostenfrage ausgehe und zum anderen im Schulbereich das Land Baden-Württemberg für das pädagogische Angebot zuständig sei. Da das musische Angebot in den Kindergärten in die Zuständigkeit der Stadt falle, wolle sie, dass dieses allen zugute komme, nicht nur denen, deren Eltern in der Lage seien, die 90€ zusätzlich zu den Kindergartengebühren zu bezahlen. Es müsse eine Selbstverständlichkeit für alle Kinder sein, die den Kindergarten besuchen. Eine Erprobung des Angebots für drei Jahre finde sie gut, aber ohne zusätzliche Kosten für die Eltern. Deshalb beantrage sie eine getrennte Abstimmung über die Punkte 1 und 5 einerseits und 2,3,4,6 und 7 andererseits. Der erste Jahresbericht solle besonders das Thema „Akzeptanz bei Kindern aus bildungsfernen Familien“ nicht vergessen.

OBM **Spec** stellt die Vorlage Nr 126/11 getrennt nach Punkten zur Abstimmung. Auch über den Antrag der SPD Fraktion mit der Vorlage Nr. 343/10 diesen als Nr. 7 in die Beschlussfassung aufzunehmen wird zur Abstimmung gestellt, und mit 16 Ja Stimmen, 0 Nein Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

---

TOP 2.1                      - Antrag der SPD-Fraktion vom 14.07.2010                      Vorl.Nr. 343/10

---

**Beratungsverlauf:**

Der Antrag der SPD-Fraktion vom 14.07.2010 wurde einstimmig beschlossen, und in die Vorl.Nr. 126/11 mit der Ziffer 7 als abweichenden Beschluss eingearbeitet.

---

TOP 3                      Neckar-Elektrizitätsverband - Kaufangebot des                      Vorl.Nr. 100/11  
Landes für die EnBW-Aktien

---

**Beratungsverlauf:**

Die Vorl.Nr. 100/11 wird nicht abgestimmt. Im Sachzusammenhang wird von der Fraktion Bündnis 90/die Grünen ein Antrag gestellt, Vorl.Nr. 153/11 welcher die Vorl.Nr. 100/11 ergänzt.

Zur Abstimmung kommt der geänderte Antrag der Fraktion Bündnis 90/die Grünen mit der Vorl.Nr. 153/11.

Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 3.1

TOP 3.1

Neckar-Elektrizitätsverband - Kaufangebot des Landes für EnBW-Aktien  
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 23.03.2011

Vorl.Nr. 153/11

---

### Abweichender Beschluss:

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, sich bei der nächsten Verbandsversammlung des Neckar-Elektrizitätsverbands für den Verkauf der EnBW-Aktien des Verbandes an das Land einzusetzen und bei der Abstimmung für den Verkauf zu stimmen, und zu beantragen, dass die Verkaufserlöse an die Verbandskommunen ausgeschüttet werden.

### Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der abweichende Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

### Beratungsverlauf:

OBM **Spec** erläutert kurz die Vorlage Nr. 100/11. Er geht auf die verschiedenen Entwicklungen zum einen die Atomkatastrophe von Japan ein, welche sich auf die Energiepolitik auswirke. Es müsse zwar noch abgewartet werden, aber es werde langfristig zu einem Atomausstieg mutmaßlich führen. Auch laufen Diskussionen, was die EnBW Aktien in den nächsten Jahren langfristig wert sei. Mehrheitlich und mittelfristig sei klar, dass die Aktien an Wert verlieren würden. Mit einer Umstellung des Unternehmers könne man davon ausgehen, dass eine Ertragskraft wieder erreicht werden könne.

Man habe die verschiedenen Entwicklungen mit dem Fachbereich Finanzen diskutiert, auch die Situation nach der Landtagswahl, welche Veränderungen im Energiepolitischen Kurs angehen wolle, dafür sei das öffentliche Eigentum an der EnBW Grundsätzlich eine gute Ausgangs Grundlage, da ein Kurswechsel entsprechend beeinflusst werden könne, insoweit seien veränderte Rahmenbedingungen eingetreten. Der NEV sei grundsätzlich ein sehr gutes Instrument der Bündelung der Kommunalen Interessen. Allerdings sei noch nicht abzusehen, ob der NEV sich als Energiepolitischer Verband, oder eher als kommunale Anteilseigner Gemeinschaft sehe.

In der nachfolgenden Aussprache merkt Stadträtin **Kreiser** an, die CDU Fraktion sei der Überzeugung, dass bei einem so wichtigen Thema zu kurzfristig gedacht werde. Man möchte weiter mitbestimmen und würde aus diesem Grund der Vorlage so zustimmen. Den Antrag von der Fraktion Bündnis 90/die Grünen werde man ablehnen.

Stadträtin **Schittenhelm** merkt an, dass die SPD Fraktion sich mehrheitlich für den Verkauf ausgesprochen haben. Man habe es aber auch diskutiert, falls die Mitgliederversammlung es ablehnen würde wie es Rechtlich weitergehe, und wann der NEV aufgelöst würde.

Stadtrat **Weiss** regt an, wenn der NEV aufgelöst würde, werde das Geld an die jeweiligen Kommunen fließen. Dann sollte man rentabel vergleichen, zu der Rendite die man bekommen



würde wenn man alles so lasse wie es ist, oder wenn man die 3,8 Mio nehme und bei den Stadtwerken in die Regenerative Energie anlegen würde. Da würde man interessante Renditeberechnungen. Sollten diese besser sein, dann gebe es keine andere Wahl als zu verkaufen.

Stadtrat **Dr. Vierling** erläutert nochmals den im Sachzusammenhang gestellten Antrag. Man möchte noch wissen, ob OBM Spec ganz offen in die Beratung gehe, oder ob man den Beschluss von der Vorl.Nr. 100/11 so vertrete.

Stadtrat **Dr. Heer** spricht sich dafür aus, dass Verkaufsangebot des Landes anzunehmen.

Stadträtin **Burkhardt** erklärt, dass der Netzkauf durch die Stadtwerke Ludwigsburg der Stadt Ludwigsburg die Möglichkeit geben würde die Energiepolitische Strategie über die Stadtwerke Ludwigsburg/Kornwestheim als gleichberechtigte Partner zu bestimmen. Deshalb sei man für den Verkauf des Aktienanteiles und für den Einsatz der Erlöse für den Netzkauf der Stadtwerke Ludwigsburg.

OBM **Spec** geht auf die Fragen ein. Er merkt an, dass der NEV beraten würde, dass in Zukunft Ausschüttungen an die Verbandmitglieder aus den eingegangenen Renditen erfolgen sollen. Auf die Frage von Dr. Vierling erläutert er, es komme jetzt darauf an ob man den Verband mit seinen Energiepolitischen Möglichkeiten sehe eines starken interkommunalen Verbandes. Er gehöre maßgeblich zu denen, dass der NEV unabhängig davon sei, dass Ludwigsburg eigene Kompetenzen mit den Stadtwerken habe, und dabei einen eigenen Weg gehe., aber darüber hinaus sei der NEV mit Blick auf die kleineren Städte die nicht die notwendigen energiepolitischen Ressourcen haben und nicht den Sachverstand haben, eine gute Chance. Dies sei aber noch nicht abzusehen

Wenn eine Mehrheit der Verbandsmitglieder zum Ergebnis komme, dass die Rendite vorrangig im Interesse stehe, dann könne man das Gewicht der Entscheidung auf die Frage der Kursentwicklung legen. Es sei auch nicht endgültig klar, ob das Land den Aktienanteil behalte.

Stadtrat **Weiss** ergänzt den Antrag von der Fraktion Bündnis 90/die Grünen mit dem Zusatz die Verkaufserlöse an die Verbandskommunen auszuschütten.

OBM **Spec** stellt die Vorlage 100/11 mit dem Abweichend Beschluss zur Abstimmung.